Nummer 40 Berlin, 4. Oktober 1918. 30. Jahrgang

Der Textil-Arbeiter

Vereinzelt seid Ihr Nichts- Vereinigt Alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Bezugspreis das Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Postgeld oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin O. 27, Andreas-Straße 61 III
Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 1076.

Anzeigen die dreigespaltene Kleinzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Anzeigen-, Bezugs- und Verbandsgelder sind an Otto Zehms, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 II, zu richten.
Postscheckkonto Berlin 5386.

Inhalt: Die Beschlagnahme der Sonnenvorhänge und der Interessenstreit in der Papiergarnindustrie. — Brauchen wir eine Aenderung in der Erwerbslosenfürsorge? — Der Krieg und seine „Gewinner". — Wer verteuert die Waren aus Papiergarn? — Aus den Schlichtungsausschüssen. — Aus den Gewerkschaften. — Aus der Textilindustrie. — Kriegsgewinne der Textilaktiengesellschaften. — Zur Lebensmittelversorgung. — Zur Erwerbslosenfürsorge. — Soziale Rundschau. — Briefkasten. — Verbandsanzeigen. — Unterhaltungsteil: Aus jungen Tagen.

Die Beschlagnahme der Sonnenvorhänge und der Interessenstreit in der Papiergarnindustrie.

✡ Vor einigen Wochen erschien bekanntlich eine Bundesratsverordnung, durch welche die Sonnenvorhänge in den öffentlichen Gebäuden, Bureaus und in Geschäftsräumen beschlagnahmt wurden. Es handelt sich da um die Beschlagnahme von vielen Millionen Metern Gewebe, meist aus Baumwolle, die teils unverändert zu Wäsche und Kleidung verarbeitet und zum Teil auf dem Wege über die Kunstbaumwolle neu versponnen und verwebt, den Zwecken der Bekleidung zugeführt werden sollen. Es ist hier ein Gedanke verwirklicht worden, der schon einmal in einer unserer Vorstandssitzungen in die Debatte geworfen wurde.

Seit Jahrzehnten, so hieß es in einer Denkschrift an die Reichsbekleidungsstelle, sind viele Milliarden Kilo von Textilrohstoffen in Deutschland eingeführt worden, von denen nur ein mäßiger Teil wieder ins Ausland, ein anderer Teil durch Verschleiß zugrunde gegangen ist, so daß noch erhebliche Bestände an Erzeugnissen vorhanden sein müssen, die aus diesen Rohstoffen hergestellt wurden.

Es war sofort klar, daß, wenn es möglich war, alle die nicht für die Bevölkerung lebensnotwendigen Gegenstände, wie Vorhänge, Gardinen, Möbelstoffe, Tischdecken, Teppiche, Wandbespannungen usw., zu erfassen, ein ganz bedeutender Vorrat an Waren und Kunstfasern erlangt werden mußte, um die besonders an Wäsche notleidende Bevölkerung sofort auf lange Zeit von dem drückenden Mangel zu befreien.

Die Reichsbekleidungsstelle griff den Gedanken auf und brachte ihn in der eingangs erwähnten Beschränkung zur Verwirklichung, nachdem es ihr gelungen war, eine Organisation zu schaffen, welche Ersatzstoffe vermittelt für die enteigneten Gegenstände und zu dem Preise, der für diese Gegenstände gezahlt wurde.

Das war ein zweiter großer Gesichtspunkt, der auch die Interessen der Textilarbeiterschaft berührte. Die Papiergarnindustrie war nicht gut beschäftigt. Da man die Erzeugnisse der Papiergarne in ihrer Verwendungsmöglichkeit stark überschätzt hatte, so waren sie deshalb, und weil ihr Preis viel zu hoch ist, stark in Mißkredit geraten. Jetzt bot sich nun Gelegenheit zu großen Aufträgen als Ersatz für die beschlagnahmten Vorhänge.

Eine wichtige Voraussetzung war allerdings nötig. Die Preise für diese Papiergewebe durften nicht zu hoch sein, damit die beschlagnahmten Vorhänge, die zum Lieferungspreise der Ersatzgewebe übernommen werden sollten, nicht zu teuer wurden. Der Quadratmeter Papiergewebe konnte nicht zu dem üblichen Preise von 7 Mk. und darüber geliefert werden, da sonst eine Windel 5—6 Mk. gekostet haben würde. Die Reichsbekleidungsstelle beschritt daher nicht den Weg der Auftragsvergebung, wie er z. B. für Heeresaufträge üblich ist, sie brachte die Sache nicht an die große Glocke, weil sie wußte, daß dann der Plan zum Scheitern gebracht werden würde von den Interessenten der Garn- und Gewebelieferanten.

Sie wandte sich vielmehr an den Papiergroßindustriellen Hofrat Hartmann, dem sie als Anreger der Aktion die Mission übertrug, mit zwei Berliner Großbanken eine Organisation zu gründen, die unter folgenden Bedingungen für die Beschaffung des Bedarfs an Ersatzvorhangstoffen sorgen sollte:

1. Die Organisation verpflichtet sich, die erforderlichen Mengen an Ersatzstoffen in brauchbarer Beschaffenheit zu liefern.

2. Der Preis für die Ersatzstoffe muß dergestalt festgesetzt werden, daß der Eigentümer in der Lage ist, sich den Ersatz aus der ihm gezahlten Entschädigung ohne jede Zuzahlung zu beschaffen.

3. Die Organisation unterwirft sich in näher zu bezeichnender Art der dauernden Aufsicht des Leiters der Reichsbekleidungsstelle, der sich das Recht vorbehält, einen Kommissar in die Leitung der Organisation zu entsenden. In allen Fällen einer Meinungsverschiedenheit hat der Leiter der Reichsbekleidungsstelle die endgültige und dem Rechtswege entzogene Entscheidung.

4. Die Organisation ist gehalten, jeden Papiergarnindustriellen, welcher sich zur Mitwirkung an der Lieferung der Ersatzstoffe bereit erklärt und fähig erweist, die Teilnahme in dem von dem Leiter der Reichsbekleidungsstelle für notwendig gehaltenen Umfange offen zu halten.

5. Die Beschaffung oder Bereitstellung der für die Organisation erforderlichen Mittel liegt ausschließlich dem Beauftragten, Hofrat Hartmann, ob.

Es wurde darauf hin die Deutsche Faserstoff-Vertriebsgesellschaft m. b. H., eine gemeinnützige Gesellschaft, gegründet. Die Reichsbekleidungsstelle sandte Herrn Dr. Hölscher als Kommissar in die Verwaltung dieser Organisation, während zur Wahrnehmung der Interessen der an der Herstellung der Papiergarngewebe beteiligten Industrien die Geschäftsführer der drei Kriegsausschüsse, Herr Hofrat Dr. Büttner vom Kriegsausschuß der Baumwollindustrie, Herr Georg Müller vom Leinenkriegsausschuß und Herr Kommerzienrat Paul Waibel vom Kriegsausschuß für Textilersatzstoffe in den Aufsichtsrat der Gesellschaft gesandt wurden.

Es ist aus Anlaß dieser Organisationsgründung in der Presse zu lebhaften Aeußerungen gekommen. Die Reichsbekleidungsstelle und Herr Hofrat Hartmann wurden angegriffen, indem die Sache so dargestellt wurde, als sei zwischen einer Kriegsorganisation und einer Erwerbsgesellschaft auf Hintertreppen ein Pakt zustande gekommen, bei dem zugunsten einer Unternehmergruppe die Interessen einer anderen Gruppe und die Allgemeinheit geschädigt worden seien. Wie die vorstehenden Bedingungen zeigen, ist das nicht der Fall; die Entscheidung ruht in der diktatorischen Macht der Reichsbekleidungsstelle.

Die Angriffe sind erfolgt von den Interessenverbänden der Papiergarnspinnereien, die, als sie von den Versuchen hörten, im Interesse der Allgemeinheit die Preise für Papiergewebe abzubauen, sofort anstürmten, um die Aktion der Reichsbekleidungsstelle zu zerstören. Nach dem zwischen dieser Stelle und der Deutschen Faserstoff-Vertriebsgesellschaft abgeschlossenen Vertrag (§ 7) ist in Aussicht genommen eine Preislage von 3,75 bis 4 Mk. per Quadratmeter. Die Spinnerverbände waren nun wütend, daß ihnen durch die Reichsbekleidungsstelle die günstige Konjunktur verdorben worden war. Sie verständigten ihre Mitglieder sofort, Garne für Ersatzvorhangstoffe nicht oder nur zu 10 Proz. unter Höchstpreis abzugeben. Gleichzeitig richteten sie in der „Frankfurter Zeitung" einen Angriff gegen die ganze Aktion der Reichsbekleidungsstelle und ihren Anreger, den Hofrat Hartmann.

Die Oeffentlichkeit ist durch jene Preßangriffe irregeführt worden. Es liegt hier keinerlei Uebervorteilung der Allgemeinheit zugunsten einer Gesellschaft vor und ebensowenig eine Schädigung anderer Berufskreise; es sei denn, daß man, wie es wohl der Fall ist, die Schädigung darin erblickt, daß es unmöglich gemacht wurde, die Allgemeinheit durch Wucherpreise zu schröpfen. Der Wucher ist hier zum erstenmal von der Reichsbekleidungsstelle mit Erfolg verhindert worden. Und wir, die wir vor kurzer Zeit eine Eingabe an die Reichsregierung richteten, in der wir die hohen Preise für Erzeugnisse aus Papiergarn verurteilten und verlangten, dafür zu sorgen, daß ein Abbau vorgenommen werde, um diese Erzeugnisse begehrenswerter zu machen und dadurch mehr Arbeit für die Fabriken der Papiergarnindustrie zu schaffen, wir haben alle Ursache, der Reichsbekleidungsstelle und den Kreisen, die das erstreben, Angriffe abzuwehren, die darauf gerichtet sind, das zu vereiteln, was die Arbeiter im Interesse der Erreichung besserer Beschäftigung wollen.

Brauchen wir eine Aenderung der Erwerbslosenfürsorge?

✡ Wieder steht ein Winter vor der Tür. Und was für ein Winter! Ein viel schlimmerer auf jeden Fall, als die vier Kriegswinter, die wir hinter uns haben. Alle Existenzmittel sind noch teurer geworden und rarer. Wir werden nicht nur teurer leben, sondern dafür noch weniger zu essen haben. Das alles dank der Unfähigkeit unserer reichsgesetzlich geleiteten Lebensmittelorganisation. Dazu kommt die in vielen Familien vorhandene totale Abnutzung von Fuß- und anderer Bekleidung. Es erweist sich jetzt, daß der Bogen hinsichtlich dessen, was man dem Volke an Entbehrungen zugetraut hat, überspannt worden ist. Dazu droht, namentlich in der Textilindustrie, eine weitere Stockung der Beschäftigung. Die Rohstoffnot wird nicht behoben, und infolgedessen besteht keine Aussicht, daß mehr Beschäftigung eintreten werde.

Es muß da nun die Frage untersucht werden: Wie steht es um die ganz oder teilweise beschäftigungslosen Textilarbeiter? Man macht je länger je mehr die Erfahrung, daß die Behörden den Plan verfolgen, durch eine dahinschleichende Beschäftigung mit reichlichem Aussetzen mit den hungernden Textilarbeitern sich über diese furchtbare Zeit hinwegsetzen zu können. Das geht natürlich nicht! Es muß reine Bahn geschaffen werden. Es kann nur zweierlei möglich sein: Entweder volle Ausnutzung der Arbeitskraft im Rahmen der heutigen, durch die schlechte Ernährung herabgeminderten körperlichen Verwendungsmöglichkeit, oder Aussetzen und Gewährung der Existenzmöglichkeit durch Zahlung einer ausreichenden Erwerbslosenunterstützung. Da es sich mit Ausnahme des Papiergarngewerbes, wo es neben den Heeresaufträgen auch noch private Aufträge gibt, in allen anderen Gewerbezweigen der Textilindustrie nur noch um Heeresaufträge handelt, müssen die Textilarbeiter verlangen, daß die Aufträge so verteilt werden, daß die zu ihrer Anfertigung erforderlichen Arbeiter und Arbeiterinnen regelmäßige Arbeit haben. Wenn z. B. die vorhandenen Arbeitsaufträge nur reichen, um 25 Proz. der vorhandenen Maschinen in vollen Arbeitswochen zu beschäftigen, so darf man sie nicht auf 40 oder 50 Proz. der Maschinen verzetteln und dann die Betriebe so wursteln lassen, daß die Arbeiter nahezu die ganze Woche bei einer Arbeit stehen müssen, ohne das Quantum Arbeit herstellen zu können, das ohne dieses Wursteln hergestellt werden könnte. Verteilt man Aufträge im Umfange von 25 Proz. auf Maschinen im Umfange von 50 Proz., dann muß eben dafür gesorgt werden, daß flott hintereinander gearbeitet wird und daß, wenn die Arbeit fertig ist, Erwerbslosenunterstützung gezahlt wird. In dieser Zeit ist kein Platz für solche Schlamperei. Es muß dann weiter dafür gesorgt werden, daß diejenigen, die arbeiten, bei dem sehr minderwertigen Material auch auf einen Lohn kommen, der nicht etwa, wie wir das schon gehabt haben, unter dem Unterstützungssatze der Erwerbslosenfürsorge zurückbleibt. Die Militärbehörden, welche die Aufträge vergeben, haben dafür zu sorgen, daß die Arbeiter, die an der Arbeit stehen, ein höheres Einkommen haben als diejenigen, die Unterstützung beziehen.

Die Beschäftigten, gleichgültig, ob sie nur teilweise oder vollbeschäftigt sind, dürfen doch nicht schlechter gestellt sein als völlig Arbeitslose. Die sittliche Pflicht erheischt, daß Beschäftigte besser gestellt werden müssen, da sie für die Arbeitsleistung größeren Aufwand haben. Das ist für „anspruchsberechtigte" teilweise Beschäftigte auch in den Grundzügen der Textilarbeiterfürsorge anerkannt, indem man in Unterstützungsfällen 75 Proz., in neuerer Zeit in manchen Orten nur 50 Proz. des Arbeitsverdienstes in Anrechnung bringt.

Man kann es verstehen, daß die Industriellen die schleichende, durch Aussetzen gestreckte Arbeit einer Stillegung des Betriebes vorziehen, weil sonst gleich die Gefahr akut wird, wichtiges Betriebsmaterial zu verlieren. Aber die Arbeiter dürfen darunter nicht leiden. Wo diese durch Aussetzen gestreckte Arbeit Mode ist, muß der Lohnverlust ersetzt werden durch die Erwerbslosenfürsorge. Als man die gesetzliche Bestimmung aufhob, die Arbeiterschaft in den Textilfabriken kürzer arbeiten zu lassen, um mit den vorhandenen Rohmaterialien länger zu reichen, bestand die Ansicht, die Papiergarnindustrie werde nun so reichliche Beschäftigung bringen, daß eine Einschränkung der Produktion überflüssig sei. Das hat sich als irrig erwiesen. Die Papiergarnindustrie ist auch ungenügend beschäftigt, und die Aufhebung der Bundesratsverordnung über die Verkürzung der Arbeitszeit hat praktisch nur dazu geführt, daß die Erwerbslosenunterstützung eine wesentliche Verschlechterung erfuhr. Bis zur Aufhebung der Verordnung mußten auch alle die unterstützt werden, die nur einige Tage arbeiteten und nicht einen gewissen Mindestlohn erhielten. Nach der Aufhebung hob man die Bestimmung in vielen Orten auf. Man verlangte, daß nun volle Arbeitszeit gearbeitet werde, sorgte aber, wie sich immer mehr zeigt, nicht dafür, daß auch für die volle Arbeitszeit immer Beschäftigung da war, so daß heute im allgemeinen genommen genau dieselben Verhältnisse vorhanden sind wie vor der Aufhebung der Bundesratsverordnung. Dieselbe Einschränkung der Arbeitszeit ist weit und breit vorhanden; nur beruht sie nicht mehr auf gesetzlicher Anordnung, sondern auf der Anordnung des einzelnen Unternehmers. Davon aber wird der Arbeiter, die Arbeiterin nicht satt. Und daher muß gefordert werden, daß jedes Aussetzen aus der Erwerbslosenunterstützung entschädigt wird.

Das wäre ja eine schöne Wirtschaft, wenn, wo doch in allen Branchen der Textilindustrie genügend Betriebe und genügend Arbeitskräfte vorhanden sind, nun eine Branche auf die andere warten müsse in der weiteren Verarbeitung des Materials. Ist der Kriegsauftrag erteilt, so muß doch dazu vorher auch das Material zur Verfügung sein.

Es können sonach nur vereinzelt wenige Fälle herauskommen, wo eine teilweise Beschäftigung begründet ist; z. B. dadurch, daß eine behördliche Stelle für den Arbeitsauftrag nicht rechtzeitig die Vorbearbeitung des Rohmaterials in Auftrag gegeben hat, oder daß in den Vorbereitungsbetrieben

Störungen entstanden sind, die die rechtzeitige Belieferung des Materials an die weiteren Produktionsstellen verhinderten. In allen solchen Fällen muß aber dann die Erwerbslosenunterstützung eintreten.

Bei dem System in Bayern, wo aus der Textilarbeiterfürsorge jede Aussetzstunde entschädigt wird, wenn pro Woche über 10 Stunden ausgesetzt werden muß, ist die Streckung der Arbeit durch Aussetzen leicht verständlich. Im Königreich Sachsen aber und auch teils in anderen Bundesstaaten sind pro Woche bestimmte Unterstützungssätze vorgesehen bei bedingter Anrechnung des erzielten Arbeitslohnes. Da hier die beschäftigte keine Lohnhöhe garantiert. Erzielen sie dafür zu sorgen, daß die Arbeitsaufträge für die vollen Arbeitswochen zur Arbeitsleistung ausreichen, so werden sie von der Entschließung anderer schwer geschädigt. Aber auch wenn sie voll beschäftigt werden, also die Anzahl der regelmäßigen Arbeitsstunden im Betrieb verbleiben müssen, ist für Akkordbesstäftigte keine Lohnhöhe garantiert. Erzielen sie infolge Verarbeitung von schlechtem Material nur geringen Lohn, so ist in den Grundzügen der Textilarbeiterfürsorge nicht vorgesehen, daraus einen Anspruch auf Zuschuß zu begründen. Da Ersatzrohmaterial verarbeitet wird, kann man allgemein von schlechtem Rohmaterial reden. Wir sehen daher auch, daß allgemein die Löhne der Akkordbeschäftigten im Durchschnitt niedriger sind als die für Zeitlohnbeschäftigte.

Es ist deshalb an der Zeit, daß der Bundesrat neue Bestimmungen schafft für den Anspruch an die Textilarbeiterfürsorge, nämlich dahingehend, daß, wenn ein gewisses Einkommen aus dem Arbeitsverhältnis in der Textilindustrie nicht erreicht ist, die Textilarbeiterfürsorge mit Zuschuß helfen muß. Die Kriegsamtstellen können dann nachhelfen, daß auskömmliche Arbeitslöhne gezahlt werden müssen, um so die Textilarbeiterfürsorge zu entlasten.

Der Krieg und seine „Gewinner".

✡ Nicht von denen soll die Rede sein, welche die Gewinner dieses Krieges sein werden; denn das steht heute noch dahin. Von den militärischen Leitungen beider miteinander ringenden Mächtegruppen sagt ja noch jede, daß sie den Krieg gewinnen wolle. Aber selbst wenn es der einen oder anderen Leitung gelingen sollte, den anderen Teil niederzuringen und in dem alten militärischen Sinne den Krieg zu gewinnen, „Gewinner" dieses Krieges würde die obsiegende Leitung trotzdem nicht sein. Die „Gewinner" dieses Krieges stehen außerhalb des Schlachtengetümmels. Und sie stehen nicht nur auf einer Seite der Kämpfenden, sondern auf beiden Seiten. Sie sind zu Hause in allen am Kriege beteiligten und nichtbeteiligten Ländern: Es sind die Kriegsgewinnler! Es sind jene Leute, die im Gegensatz zu jenen, die Haus und Hof, Werkstatt und Fabrik im Stiche lassen mußten, um das Land zu verteidigen, zu Hause bleiben konnten und Gelegenheit bekamen, durch Lieferung von Kriegsmaterial oder Unterhaltsmitteln die Konjunktur auszunützen. Und sie haben ihr Geschäft verstanden. Aalglatt haben sie sich durch die Maschen von Verordnungen hindurchgewunden, die zum Schutze vor übermäßigem Gewinn erlassen wurden, und sie stehen heute da als die „Gewinner" des Krieges. Hunderttausende haben alles verloren; haben verloren Gesundheit, Glück, Vermögen und das Leben. Viele Tausende aber haben viel gewonnen. Und wenn der Krieg zu Ende sein wird und die Völker sich die Beulen besehen werden, die sie ihrem Kultur- und Wirtschaftsleben geschlagen haben, da werden die Gewinner im Kriege Inventur machen und als lachende Dritte die Bilanz ziehen und sich zurückziehen, um auf einem neuen Gebiet ihr Heil zu versuchen.

Einst wurde das Wort geprägt, daß es Pflicht des Staates sei, dafür zu sorgen, daß niemand reicher aus diesem Kriege herausgehe, wie er hineingegangen ist. Das ist gewiß nichts Unbilliges. Denn wenn man bedenkt, daß viele Hunderttausende ihr Leben auf dem Altar des Vaterlandes geopfert, daß die meisten von jenen und Hunderttausende Verletzter ihr Vermögen ganz oder teilweise verloren haben, da können jene von großem Glück sagen, die alles, was sie vor dem Kriege besaßen, nach dem Kriege noch besitzen. Und es wäre in der Tat nur ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit, wenn wenigstens auf dem materiellen Gebiete die Schäden, die auftreten werden, beseitigt würden durch die Kriegsgewinne.

Dieser Ansicht sind nicht nur wir in den Kreisen der organisierten Arbeiter. Soeben ist bei S. Fischer in Berlin eine Schrift erschienen, in der Herr Walter Rathenau, der Generaldirektor der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft in Berlin, unter dem Titel „Zeitliches" fünf Aufsätze zusammenfaßt, deren einer sich in eigenartiger und neuer Weise mit der Frage des Kriegsgewinnlertums und seiner Behebung befaßt.

Rathenau führt u. a. aus: Auch wenn der Anblick des normalen Kriegsgewinners nicht ein so unerhörter wäre, wie er es ist, so müßte er dem kriegsopfernden Soldaten und Bürger erspart werden. Es geht nicht an, daß der Heimkehrende all diese, früher geringer als seinesgleichen, weit über ihren und seinen Stand hinausgestiegen erblickt, die Raserei ihrer Orgien ansieht, von ihnen Arbeit oder Unterstützung empfängt. Es geht nicht an, daß er den Staat, die Gemeinschaft, denen er das Seine darbrachte, der Mitschuld an dieser sozialen Einstellung zeiht. Noch weniger geht es an, daß unsere ohnehin mangelhafte soziale Struktur durchbrochen und in einem der natürlichen Entwicklung entgegengesetzten Sinne gestülpt wird. Alle soziale Tendenz zielt auf Ausgleich der Lebensbedingungen, der Krieg hat diese Bewegung gewaltig beschleunigt. Was bedeutet die tiefe innere Verschuldung der Staaten? Vermögensumschichtung. Was bedeutet die Umschichtung? Nivellierung, Abtragung der Höhen. Zuerst werden die Gipfel der großen Vermögen abgetragen, dann die mittleren Gebirgsmassen, zuletzt die Vorgebirge und Hügel. Die Entwicklungsreihen zielen auf das gleiche: Auf die Verflüchtigung des Vermögensbegriffes, und arbeiten so der radikalen Sozialisierung vor. Der Weltkrieg ist auch in diesem Sinne der sozialen Weltrevolution gleichzusetzen. Wir stehen vor der Gefahr, die Intelligenz in Proletariat und Nihilismus untertauchen zu sehen. Diesen Tendenzen und Gefahren gegenüber — Verflüchtigung der Vermögen, Proletarisierung der Intelligenz — kann eine in ihrer Richtung unnatürliche Bewegung, die neue und gefährlichere Ungleichheiten schafft, nicht ernst genug genommen werden. Die alte Plutokratie, der alte Feudalismus waren nicht ideale, doch einigermaßen herrschgewohnte, zum Teil ernst verantwortliche Mächte. Fügt die neue insolente, verantwortungslose Kaste der Bereicherten sich an mit hemmungslosen Gelüsten der Genußsucht und Schaustellung, so kommt über uns eine Machtverschiebung nach Art des bürgerköniglichen Frankreichs mit der unbarmherzigsten Selbstverspottung und Selbstvernichtung eines Gesellschaftslebens, in dem der Zugriff des Raffers Geist und Ueberlieferung matt setzt und alles ermöglicht.

Noch heute glaubt man, es gebe kein steuertechnisches Merkmal des eigentlichen Kriegsgewinners. Es gibt eines und ein sehr einfaches, das für die Verwirklichung des sozialen Zweckes vollkommen ausreicht. Wer in den letzten vier Jahren sein Vermögen bewahrt hat, mag Glück gehabt haben; im sozialen Sinne ist er kein Kriegsgewinner. Wer es um den Betrag eines mäßigen Zinszuschusses oder Arbeitsverdienstes vergrößert hat, mag unter Umständen ein Kriegsgewinner sein, der viel ausgab und dem wenig blieb; im sozialen Sinne ist er gleichgültig, er ist, was er war, und für ihn genügen die vorhandenen Steuern. Anders, wenn jemand sein Vermögen im Kriege verdoppelt hat, vorausgesetzt, daß es sich um bedeutende Beträge, sagen wir über 100 000 Mark, handelt. Er kann leicht eine Zusatzsteuer ertragen, wenn sie ihm noch einen Teil seines Gewinnes übrig läßt. Nun kommen diejenigen, die ihr Vermögen im Kriege verdreifacht, verzehnfacht, verhundertfacht, vertausendfacht haben. Ich sage mit Bewußtsein vertausendfacht und bleibe damit hinter Fällen der Wirklichkeit zurück; denn die Zahl der Vermögen zwischen zehn und hundert Millionen ist nicht gering, die gleichsam aus dem Nichts geschaffen wurden. Wer mit nichts angefangen und dreißig Millionen gewonnen hat, dem bleiben nach heutiger Gepflogenheit neben dem, was er versteckt oder vertut, zwölf; es wäre mehr als ausreichend, wenn ihm zwei blieben.

Es bedarf unsererseits gar keiner besonderen Worte, daß das, was Herr Walter Rathenau vorstehend ausführt, von uns im vollen Umfange gebilligt wird. Wir werden nach dem Kriege allgemein große finanzielle Sorgen haben, neben den Sorgen sozialer Art. Da wäre es ein Linderungsmittel, wenn es so gemacht würde, wie Herr Walter Rathenau vorschlägt. Die Einziehung der Kriegsgewinne zur Deckung der Kriegsschäden wäre zugleich ein gutes Mittel gegen spätere Kriegsgelüste. Deshalb sagen wir es offen:

Wir wollen keine „Gewinner" des Krieges.

Wer verteuert die Waren aus Papiergewebe?

✡ Die Waren aus Papiergewebe haben einen Preisstand, der in seiner Höhe in gar keinem Verhältnis steht zu ihrem realen Wert und der sie auch deshalb so schwer verkäuflich macht. Dadurch wird natürlich nicht nur die Volkswirtschaft schwer geschädigt, sondern auch die Arbeitsgelegenheit für die Textil- und Bekleidungsarbeiter gehemmt. Bekanntlich hat aus diesen Gründen der Vorstand unseres Verbandes sich genötigt gesehen, bei der Reichsregierung die Festsetzung von Höchstpreisen für Papiergewebewaren zu beantragen.

Als jetzt die Vertreter der Gewerkschaften beim Reichskanzler waren, erwähnte der Sprecher, Genosse Thomas, daß eine einfache Arbeitshose jetzt statt 3 Mk. 55 bis 60 Mk. koste und nur den vierten Teil der früheren Zeit halte. Eine blaue Haushaltschürze von Papiergewebe kostet jetzt im Warenhaus 30 Mk.; ein Papierhandtuch 10 Mk. Worauf dieser ganz unverschämte Preis zurückzuführen ist, sollte von den Behörden sofort untersucht werden. Wir haben dieser Tage bei den „Vereinigten Textilwerken" ausgezeichnete, feste und waschbare Papiergewebehandtücher gesehen, die, äußerst geschmackvoll gemustert, einen Meter lang, anstatt für 10 Mk. für 3 Mk. zu haben sind. Das wäre ein Artikel für die Konsumvereine, die, um ihre Mitglieder zu versorgen, zur Papierwebware greifen müssen.

Nachfolgende Aufstellung der Gestehungskosten und Verkaufspreise von Waren aus Papiergewebe zeigt, daß die enorme Verteuerung nicht bei der Fabrikation erfolgt, sondern im Handel.

Die Rheinisch-Westfälische Papiergarn-Gesellschaft m. b. H. in Duisburg hat nämlich unterm 20. Juli 1918 an die „Paga" eine Eingabe gerichtet, in der sie an einigen Waren, die auf der Faserstoffausstellung in Düsseldorf ausgestellt waren, zeigt, daß der Handel die Verteuerung verursacht.

Folgende Beispiele zeigen das:

1. Eine blaubedruckte Schürze enthät 260 Gramm Papiergarn in der Nummer 9,1—10er, so daß sich der Wert des in der Schürze verarbeiteten Papiergarns, die beste Marke angenommen, bei einem Kilopreis von 9,17 Mk., auf 2,38 Mk. stellt. Es ist zu rechnen ferner

30 Proz. Abfallverlust beim Weben, rund	0,70 Mk.
die Abgabe für den Freigabeschein . .	0,50 „
der fünffache Weblohn	0,75 „
das Drucken und Nähen	3,— „
Mithin Gesamtherstellungswert	7,33 Mk.

Diese Schürze war ausgestellt zu einem Verkaufspreis von 15 Mk. im Einzelverkauf. Der Handel nimmt also bei dieser Schürze einen Gewinn von über 100 Proz., nämlich 7,67 Mk.

Aus jungen Tagen.

Jugenderinnerungen eines Arbeiters.
Von P. Trimborn.

VIII.

Als nach dem Falle des Ausnahmegesetzes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung zu Beginn der 90er Jahre innerlich und äußerlich erstarkte und Macht und Ansehen gewann, hielt es auch der Klerikalismus an der Zeit, organisatorische Maßnahmen zu treffen, um die katholische Arbeiterschaft an die Zentrumsfahne zu ketten. Die Reichstagswahlen von 1890 und 1893, die ein gewaltiges Anwachsen der sozialdemokratischen Wahlziffern brachten, hatten den Ultramontanen gezeigt, wie ernst für sie bei längerem Zögern die Situation werden mußte. „Hannibal steht vor den Toren", lautete ein damals viel zitierter Ausspruch des Zentrumsführers Reichensperger. Politische Berechnung erforderte also die Gründung katholischer Gegenorganisationen, um die aufsteigende rote Flut einzudämmen. In Westdeutschland entstanden damals zahlreiche konfessionelle Arbeitervereine, aus denen dann ein knappes Jahrzehnt später die christlichen Gewerkschaften herauswuchsen.

Auch in meiner Heimat hatte sich um die Mitte der 90er Jahre ein derartiger konfessioneller Arbeiterverein gebildet, der den etwas langen Namen: „Unitas, Verein zur Förderung der Interessen der unteren Stände" führte. Die Leitung des Vereins lag in den Händen von Nichtarbeitern, auch die Mitglieder dieses „Arbeitervereins" waren meist Leute, die von Arbeiterfragen recht wenig verstanden. In den ersten Jahren seines Bestehens erfreute sich der Verein der absoluten Nichtbeachtung seitens der Arbeiterschaft; außer einem Dutzend eingefleischter Zentrumsparteigänger kümmerte sich auch der katholische Teil der Arbeiterschaft herzlich wenig um diese eigenartige Zentrumsgründung.

Größeres Interesse in Arbeiterkreisen fand der Verein erst, als er begann, sich praktisch mit dem Wohnungsproblem zu beschäftigen. Die Wohnungsnot in unserem Industrieorte war äußerst groß, namentlich an billigen Kleinwohnungen herrschte empfindlicher Mangel. Gerissene Unternehmer, die ihre Gelder gern vorteilhaft und sicher anlegen wollten und denen gleichzeitig die Freizügigkeit ihrer Arbeiter recht unbequem war, veranlaßten die Leitung der „Unitas" zur Gründung einer katholischen Baugenossenschaft, die draußen vor der Stadt Kleinwohnungen, möglichst Einfamilienhäuser mit Hof und Garten, errichten sollte. Bei den zahlreichen Geldquellen, die den führenden Zentrumspolitikern zur Verfügung standen, wurde der Vorschlag der örtlichen Textilbarone schnell Wirklichkeit. Die Genossenschaft war bald gegründet; laut der Satzungen konnten jedoch nur Mitglieder der „Unitas" der Baugenossenschaft beitreten und Anspruch auf Erwerbung eines Einfamilienhauses machen. Katholizismus und Baugenossenschaft sind nun zwar zwei recht verschiedene Begriffe, die auch der gerissenste Zentrumsadvokat schlecht miteinander in Einklang zu bringen versteht — es fehlte auch damals nicht an Spöttern, die sich über eine derartige Begriffsvereinigung weidlich lustig machten —, aber die Gründung fand dessenungeachtet in Arbeiterkreisen Beifall.

Die Sehnsucht nach eigenem Dach, die Aussicht, die ungemütliche Mietwohnung in der großen Mietkaserne vertauschen zu können mit einem freundlichen Einfamilienhause, führte auch die Meinen zu dem Verein mit dem langen Namen. Ich interessierte mich ebenfalls für die Bestrebungen des Vereins; als wir eines der ersten fertiggestellten Häuser der Genossenschaft beziehen konnten, wurde auch ich Mitglied der katholischen „Unitas". Ich war eines der jüngsten Vereinsmitglieder; um meine Aufnahme in den Verein zu ermöglichen, mußte erst das Statut, das nur vom 21. Lebensjahre ab Mitglieder aufzunehmen vorsah, geändert werden. In den regelmäßigen Mitgliederversammlungen des Vereins stand jedesmal ein Vortrag irgendeines örtlichen Zentrumsführers auf der Tagesordnung. So sehr bei mir auch plötzlich das Bestreben eingesetzt hatte, mich über soziale Standesfragen zu informieren — die Art, wie diese Vereinsvorträge gehalten wurden, befriedigte mich schon nach kurzer Zeit ganz und gar nicht. Entweder waren diese Vorträge nach Art einer sonntäglichen Kirchenpredigt recht salbungsvoll gehalten, oder sie klangen aus in eine wüste Sozialistenhatz. Belehrung und Anregung boten die Vorträge nicht; sie paßten wohl für die geruhigen, behäbigen Kleinbürger, die nicht aus ihrer Ruhe gestört sein wollten, aber nicht für einen jungen, nach Erkenntnis ringenden Menschen. Was die Vorträge verhindern sollten, das eigene Nachdenken, erwirkten sie bei mir: das immerwährende Schimpfen über die Sozialdemokratie machte mich nachdenklich und zwang mich, mehr als ich es bisher getan, über Politik und Arbeiterfragen nachzudenken. So schlug also der Versuch, mich immun zu machen gegen das gefährliche Gift sozialistischer Aufklärung, in das Gegenteil um. Die Worte Schillers in seiner „Braut von Messina":

Noch niemand entfloh dem verhängten Geschick.
Und wer sich vermißt, es klüglich zu wenden,
Der muß es selber erbauend vollenden —

sie trafen auf mich zu.

Ich hatte wieder einmal meine Arbeitsstelle gewechselt. Von einer lustigen Bauernkirmes heimkehrend, bei der ich zum Tanz aufgespielt hatte, war ich morgens nicht zeitig genug aus den Federn gestiegen, um zur rechten Zeit an meinem Webstuhl zu stehen. Der Fabrikant, bei dem ich arbeitete, ein Blutsauger und Pfennigfuchser, wie ich seitdem keinen schlimmeren mehr antraf, war wegen seiner Roheit und Brutalität in der ganzen Arbeiterschaft verhaßt und gefürchtet. Mit hochrotem Kopf empfing mich der Allgewaltige schon am Fabriktor polternd und schimpfend. Ich stand noch unter der Einwirkung des überreichlich genossenen Alkohols der vergangenen Nacht, und da mir die Arbeit bei dem schmierigen Geizkragen schon länger nicht mehr recht gefiel, antwortete ich auf das Schimpfen und Toben des Fabrikanten mit einem berühmt gewordenen Zitat des bekannten „Götz von Berlichingen". Die Folge meiner unerhörten Frechheit war natürlich sofortige Lösung des Arbeitsverhältnisses, ich erhielt meinen Restlohn ausgezahlt und konnte meiner Wege gehen.

Es gelang mir nicht sofort, in einer Weberei wieder Arbeit zu finden. Da ich jedoch nicht längere Zeit feiern konnte und wollte, war ich gezwungen, Arbeit anzunehmen, wo sie mir geboten wurde. Schneller als ich gedacht, fand ich Beschäftigung in einer Stuhlfabrik, wo ich Stühle im Akkord zu polieren hatte. Bei dieser Arbeit war beim besten Willen nicht viel zu verdienen; für jeden polierten Stuhl erhielten wir Polierer 27 Pfennige, wenn es gut ging, polierte ich jeden Tag bei elfstündiger Arbeitszeit acht bis zehn Stühle. Ich war daher herzlich froh, daß ich nach einigen Wochen wieder Schluß machen und zur Weberei zurückkehren konnte.

In einem kleinen Betriebe, in dem nur vier Webstühle liefen, fand ich Arbeit. Neben Uniformtuch wurde dort auch Buckskin- und Kammgarnware hergestellt; diese Arbeit erforderte zwar vom Weber erhöhte Sorgfalt und Aufmerksamkeit, sie war aber bei weitem nicht so anstrengend und abhetzend und wurde auch besser bezahlt als die Uniformtuchweberei.

2. Ein Handtuch, etwa 1,20 Meter lang, enthielt 220 Gramm Papiergarn von Nr. 3,1—3,5. Bei einem Garnpreis von 2,44 Mk. für das Kilo beträgt

der Garnwert des Handtuches	0,54 Mk.
30 Proz. Abfallverlust	0,17 „
Abgabe	0,35 „
Weblohn (fünffach)	0,20 „
Weichmachen des Gewebes	0,22 „
Gesamtpreis	1,48 Mk.

Der Einzelverkaufspreis war ausgezeichnet mit 3,50 Mark. Der Handel verteuerte das Handtuch um 2,02 Mk.

3. Bei einem Hemdkragen aus Papiergewebe stellt sich der Gestehungswert auf 0,75 Mk. Der Kragen aber kostete 1,95 Mk.; er wurde also im Handel um 1,20 Mk. verteuert.

Die hier gemachten Angaben erwecken natürlich unser größtes Interesse. In einer Zeitungsnotiz konnten wir dieser Tage folgendes lesen:

„Eine sächsische Handelskammer hatte dem Ministerium des Innern Vorschläge über Verbilligung der Preise für Papiergarnwaren unterbreitet. In einem Gutachten hierzu teilte auch die Handelskammer Dresden die Ansicht der Antragstellerin, daß die Papiergarnerzeugnisse viel zu teuer seien und schon deswegen von den Verbrauchern nicht gekauft würden. Dazu komme, daß auch die Erfahrungen, die mit der Kleidung aus Papiergarn gemacht worden seien, dem Absatze nicht gerade förderlich seien. Die Kammer unterstützte den Vorschlag, daß zur Verbilligung der Papiergarnerzeugnisse die hohe Abgabe an den Kriegsausschuß der deutschen Baumwollindustrie und an den Kriegsausschuß für Textilersatzstoffe herabgesetzt werden möchte."

Die oben wiedergegebene Aufstellung der Gestehungskosten und des Preises zeigt ein anderes Ergebnis.

Wir Arbeiter haben ein großes Interesse daran, daß nicht ganz falsche Auffassungen über die Ursachen der hohen Preise für Waren aus Papiergewebe entstehen. Denn schließlich kommt man noch und sagt, die „hohen" Arbeitslöhne sind schuld, daß alles teurer wird. Bei der Schürze, die mit 15 Mk. verkauft wird, beträgt der Weblohn 15 Pf., also 1 Proz., und bei dem Handtuch, dessen Verkaufspreis 3,50 Mk. beträgt, stellt sich der Weblohn auf 4 Pf. Denn nur 15 bzw. 4 Pf. erhält der Arbeiter für das Weben; die anderen viermal Weblohn erhalten die Unternehmer zur Bestreitung der übrigen Herstellungskosten und als ihren Gewinn. Unseres Erachtens ist es einzig der Handel, der die Waren so unerhört verteuert. Wir wollen damit nicht sagen, daß nicht auch die Hersteller des Spinnpapiers, der Garne und der Webware auch auf ihre Rechnung kommen, aber der Handel, der doch ganz unproduktiv bei der Sache beteiligt ist, betreibt einen unerhörten Preiswucher, wenn er die Waren aus Papiergewebe durchweg so verteuert, wie das die Papiergarngesellschaft in ihrer Eingabe an die „Paga" zeigt.

Nichts rechtfertigt wohl mehr unser Verlangen, Höchstpreise für Waren aus Papiergewebe festzusetzen, wie die Gestehungskosten- und Verkaufspreisangaben, die wir vorstehend zeigen. Würde man den Gewinn des Handels auf 30 Proz. herabsetzen, was wahrlich reichlich genug wäre, so könnte man den Arbeitslohn kräftig erhöhen und die Ware trotzdem bedeutend im Preise ermäßigen. Es würde dann allen Teilen geholfen sein, und die Papiergarnindustrie würde ihre Produkte leichter verkaufen. Mehr Arbeitsgelegenheit und mehr Lohn wäre die Folge der Verbilligung der Papiergewebewaren. Dringend nötig ist, daß etwas geschieht, denn es sei nicht unbemerkt gelassen, daß seit der Faserstoffausstellung in Düsseldorf die Preise noch erheblich in die Höhe gegangen sind.

Aus den Schlichtungsausschüssen.

Der Schlichtungsausschuß in Gera fällte am 19. September d. J. einen für die Arbeiterschaft günstigen Schiedsspruch. Es handelte sich um die Löhne in den Sammellagern des Bekleidungsbeschaffungsamts (B.B.A.). Allerhand Webwaren werden dort aufgestapelt und in kleinen oder größeren Posten in alle Gegenden des Reichs wieder hinausgegeben. Es sind dabei meist ehemalige Textilarbeiter und -arbeiterinnen beschäftigt. Das Kriegsamt hatte seinerzeit angeordnet, daß der ortsübliche Tagelohn zu zahlen ist. Da, wo der ortsübliche Tagelohn gar zu niedrig ist, hat man sich damit geholfen, daß das Garnisonkommando festsetzen soll, welche Lohnhöhe zu zahlen ist. Das Geraer Garnisonkommando hat nun seit etwa einem Jahr pro Tag 5,80 Mk. und für Arbeiterinnen 3,90 Mk. festgesetzt; für die ersten zwei Monate pro Woche 3 Mk. weniger. Die Betriebsleitung (Betriebsvorstand: Rittmeister Weißflog) hat so gezahlt. Am 1. Mai gab aber die Landesbehörde bekannt, daß das Oberversicherungsamt als ortsübliche Tagelöhne für Männer 6 Mk. und für Arbeiterinnen 3,50 Mk. festgesetzt habe. Folglich hätte der Lohn für Männer in der B.B.A. um täglich 20 Pf. erhöht werden müssen. Der Arbeiterausschuß wurde beauftragt, Verhandlungen mit Weißflog nachzusuchen; es sollten pro Woche 45 Mk. für Männer und 30 Mk. für Arbeiterinnen als Lohn festgelegt werden. Weißflog konnte das nicht aus eigenem Ermessen tun, und die Kriegsamtstelle in Kassel hat auf den Beschluß des Kriegsamts (ortsüblichen Tagelohn) verwiesen. Es wurde nun der Schlichtungsausschuß in Gera angerufen. Dort forderte auch Weißflog einen Schiedsspruch, damit er bei der vorgesetzten Behörde die Erhöhung der Lohnsätze durchsetzen könne. Ein Vertreter vom Garnisonkommando war in der Verhandlung beim Schlichtungsausschuß mit anwesend. Der Schiedsspruch spricht den Männern — unter 21 Jahren wird zurzeit niemand beschäftigt — 45 Mk., Arbeiterinnen über 21 Jahre 30 Mk., Arbeiterinnen unter 21 Jahren 27 Mk. pro Woche zu. Außerdem ist den Männern ab 1. Mai 1918 pro Woche 1,20 Mk. nachzuzahlen. Es wird 14 Tage Frist belassen zur Anerkennung des Schiedsspruches. Es ist nicht daran zu zweifeln — der Schiedsspruch wird anerkannt. Neben dem Lohn gibt es keinerlei weiteres Einkommen.

Aus den Gewerkschaften.

50 Jahre deutsche Gewerkschaften.

Am 26. September 1868 trat der Allgemeine Deutsche Arbeiterkongreß zusammen. 205 Vertreter aus 105 Ortschaften, die von 142 008 Arbeitern aus 56 Gewerbszweigen entsandt wurden, waren auf dem Kongresse vereinigt. Dr. Max Hirsch, einer der 12 Delegierten der Berliner Maschinenbauer, die damals noch eine Kerntruppe der Fortschrittspartei bildeten, verließ unter Protest den Kongreß. Bald darauf gründete Max Hirsch in Gemeinschaft mit Franz Duncker eine dritte deutsche Gewerkschaftsorganisation, die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine. Die auf dem Arbeiterkongreß gegründeten Gewerkschaften erhielten den Namen Arbeiterschaften. Das war vor 50 Jahren. Damals wurde der Keim gelegt zu den heutigen machtvollen Gewerkschaften, die in der Vorkriegszeit so manche Probe ihres Könnens abgelegt haben; in der Nachkriegszeit werden die Anforderungen an sie noch größere werden, eine Mahnung, sie schon jetzt nach Möglichkeit zu stärken.

Ein Jubiläum im Dachdeckerverband.

Am 1. Oktober konnte der Zentralkassierer der Dachdecker, Jakob Diehl, auf eine fünfundzwanzigjährige ununterbrochene Tätigkeit als Hüter der Verbandsschätze zurücksehen. Als 1893 der Verbandssitz nach Frankfurt kam, wurde Jakob Diehl, der schon 1885 in die Bewegung eintrat, Zentralkassierer. Die Dachdecker widmen dem Jubilar und dem Gedenktag, daß der Verbandssitz 25 Jahre in Frankfurt a. M. ist, eine hübsch ausgestattete Festnummer mit Illustrationen; die zehn Seiten starke Nummer gibt Rück- und Ausblicke über die Bewegung.

Aus der Textilindustrie.

Bekanntmachung in den sächsisch-thüringischen Färbereien.

Es wurde folgendes angeschlagen:

Wir machen hierdurch bekannt, daß wir, beginnend ab 15. September 1918, die Färberei- und Appreturarbeiter unserer Betriebe zu folgenden Mindestlohnsätzen und Arbeitsbedingungen beschäftigen werden:

1. Mindestlohnsätze:

A. Normalstundenlöhne:

	über 6 Monate ununterbrochen in der Branche	unter 6 Monaten ununterbrochen in der Branche
Arbeiter über 18 Jahre	70 Pf.	67 Pf.
„ „ 17—18 Jahre	67 „	64 „
„ „ 16—17 „	64 „	61 „
Arbeiterinnen über 16 „	. . . . .	45 Pf.

B. Akkordlöhne:

Die Akkordlöhne werden den allgemeinen Lohnerhöhungen entsprechend prozentual erhöht.

2. Arbeitsbedingungen:

Wie bisher.

Greiz, den 12. September 1918.

Die Mitglieder der Konvention Sächsisch-Thüringischer Färbereien.

Gera: Günther, Hirsch, Köppe, Schlott. Friesen: Schlehuber. Greiz: Schleber, Jahn, Weitze. Mehlsdorf: Dittmar. Reichenbach: Dietel, Schleber, Hempel, Keßler, Schubert, Zechendorf. Glauchau: Dietel, Färberei Glauchau, Fiernkranz u. Ehret, Lorentz u. Ramminger, Persch. Meerane: Batky, Bornemann. Weida: Flehmig. Mylau: Dietel u. Paul, Schneider u. Claviez.

Wie man in der Flachsspinnerei Langenhessen die Arbeitskräfte vertreibt. Eine Kollegin schreibt: . . . Ich untersuchte die Sache, warum die Flachsspinnerei immer über Mangel an Arbeitskräften zu klagen habe, indem ich mir durch den Arbeitsnachweis in Werdau für diese Fabrik Arbeit verschaffte. Es war mir leider aber nur für 2 Stunden dort Arbeit vergönnt. In der Reißerei, wo ich beschäftigt wurde, herrschte eine Luft zum schneiden. Ich wurde dann ins Kontor gerufen, die Arbeitsordnung zu unterzeichnen. Da fragte ich, was ich an Lohn erhalten solle. Ich bekam die barsche Antwort: Genau wie andere Leute! 40 Pf. pro Stunde. Oder glauben Sie, weil Sie Verbandsvertreterin sind, bekommen Sie mehr? Also, man hatte mich schon verraten. Ich forderte 48 Pf. Mindeststundenlohn. Ich wurde entlassen. Abends fand für die Beschäftigten eine Besprechung statt. In dieser hat der allergrößte Teil die Unterschrift geleistet für eine Eingabe, in der um 60prozentige Lohnerhöhung gebeten wird. Der Gemeindevorstand hat die Zulagen für Schwerarbeiter wieder herausgerückt und wird jetzt auch Unterstützung aus der Textilarbeiterfürsorge zahlen. Er hatte nämlich alle Ansprüche abgewiesen mit dem Hinweis, daß in der Flachsspinnerei Arbeitskräfte eingestellt würden.

✡ **Die Vigognespinnereien in Werdau** waren um Gewährung einer höheren Beschäftigungsquote eingekommen. Unser Gauleiter, Kollege Bretschneider, erhielt darauf von der Kriegsamtstelle in Leipzig unterm 21. September 1918 folgendes Schreiben:

„Im Anschluß an Ihr Schreiben vom 4. 9. 18 gestattet sich die Kriegsamtstelle, sehr ergebenst folgendes mitzuteilen:

Dem Gesuche des Vereins sächsischer Vigognespinnereien Werdau-Crimmitschau um Zuweisung reichlicherer Arbeit kann die Kriegsrohstoffabteilung nicht näher treten. Wie sie mitteilt, wird der derzeitige Beschäftigungsgrad von etwa 30 Proz. für absehbare Zeit als Normalzustand angesehen werden müssen. Ein höherer Beschäftigungsgrad ist auf Grund der Rohstofflage nicht zu erwarten.

Wenn es den Spinnereien nicht möglich erscheine, bei dem bisherigen Beschäftigungsgrade weiter zu arbeiten, müsse es ihnen anheimgestellt werden, eine Zusammenlegung zu beraten.

Dagegen ist die Kriegrohstoffabteilung bereit, das Gesuch des Vereins um Erhöhung der Spinnlöhne für Flachsabfall- und Kunstleinengarne zu prüfen. Die Leinenabrechnungsstelle schließt sich den Ausführungen des Vereins an und befürwortet das Gesuch um Spinnlohnerhöhung. Sie hat angeregt, daß durch die Spinnstoffverwertungsstelle beim Kriegsausschuß der deutschen Industrie eine Besprechung anberaumt werde, in der den Interessenten Gelegenheit gegeben werden soll, ihre Wünsche persönlich vorzutragen.

Die Kriegsrohstoffabteilung teilt darauf mit, daß dieser Tage Einladungen zu einer Sitzung der Spinnlohnkommission an den Verein erlassen werden sollen.

Ueber das Ergebnis der Verhandlungen werden Sie demnächst in Kenntnis gesetzt werden. Meyer."

✡ **Die Webereiarbeiterschaft in Sachsen-Thüringen** hatte eine Deputation zur Kriegsamtstelle in Kassel gesandt, um dort mit den Beamten über die Lage der Arbeiterschaft zu verhandeln. Am 26. September fand die Verhandlung statt.

Anwesend waren: Herr Leutnant Vogel und dessen Stellvertreter; die Weber Kollegen Richard Schmiedel und Paul Müller, die Putzerin Lidda Wilhelm, der Gauleiter Kollege Alban Bretschneider und der Geschäftsführer Kollege Walter Ackermann.

Es sind eine Anzahl Eingaben, unterzeichnet vom Gauleiter Bretschneider, an die Kriegsamtstelle gerichtet, zu deren Erledigung Herr Leutnant Vogel Auskunft gibt.

Die Eingabe, Verkürzung der Arbeitszeit in Pößneck, werde mit geregelt, indem die Kriegsamtstelle im Gesamtbezirk die regelmäßige 42½stündige Arbeitswoche — Sonnabendnachmittag frei — zur Anerkennung bringen wird; über diese Forderung werde in einer heutigen Abendsitzung mit den Webfabrikanten eine Einigung erzielt werden.

Die Eingabe, Erhöhung der Unterstützungssätze in der Textilarbeiterfürsorge in Weida, werde einstweilen zurückgestellt, indem erst Vorarbeiten erledigt werden sollen, die dahin gehen, den Gesamtbezirk mit größeren Mengen Arbeitsaufträgen zu belegen und die Preise zu erhöhen.

Die Eingabe, Mindeststundenlöhne und angefangene Arbeitstage mit 10 Stunden voll zu bezahlen (in Betrieben der Färberkonvention), werde Beachtung finden. Von der Kriegsamtstelle wird veranlaßt, daß an Stelle der gegenwärtigen Bekanntmachung der Text der in der Verhandlung vom 6. 9. 18 einstimmig gefaßten Beschlüsse zum Aushang kommt.

Die 30 000-Mark-Spende, aus freiwilligen Mitteln der Textilfabrikanten in Gera und event. Beihilfe durch die Staatskasse, wird zur Annahme als einmalige Unterstützung an die Textilarbeiterschaft festgelegt; die Verteilung soll staffelweise erfolgen; es soll an alle Beschäftigten ein Anteil abgegeben werden; die Staffelbedingungen wird die Kriegsamtstelle ausarbeiten und der Verwaltung zur Annahme empfehlen. Wir erklärten die Bereitschaft, an der Verwaltung teilzunehmen.

Die wichtigste Aufgabe der Kriegsamtstelle sei jetzt, eine Denkschrift über die Notlage der Sächsisch-Thüringischen Textilindustrie anzufertigen; diese soll einwirken auf diejenigen Stellen, welche Rohmaterial und Arbeitsaufträge zu vergeben haben.

Irrtümlicherweise seien die Textilbetriebe im sächsisch-thüringischen Bezirk nicht zu den höchstleistungsfähigsten Betrieben gezählt worden. Diese Betriebe — nur Spinnerei, nur Weberei, nur Färberei — seien aber, weil die Teilarbeit im weitesten Sinne durchgeführt sei, am leistungsfähigsten.

Auch die Preisberechnung für die Arbeitsaufträge müßte von Grund aus umgestaltet werden.

Werde das Ziel, größere Arbeitsaufträge und höhere Preise dafür nicht erreicht, so käme als letztes Mittel Erhöhung der Unterstützungssätze in der Textilarbeiterfürsorge in Betracht. Es könne aber schon heute gesagt werden, daß der gegenwärtige Unterstützungssatz von 22 Mk. wöchentlich für das Ehepaar ohne Kinder unzureichend sei.

Herr Leutnant Vogel erwartet Mithilfe von der Textilarbeiterschaft: Sammlung der Lohntüten, Lohnnachweise, Webstuhlstatistiken, Aufklärung über die Arbeitsleistungen, Zusammenschluß der Textilarbeiterschaft.

✡ **Um die Landesstelle für Textilwirtschaft in Sachsen** findet zwischen den einzelnen Städten ein eifriges Werben statt. Leipzig wirbt um sie, Chemnitz will sie haben und nun kommt die Handelskammer Dresden, die beim sächsischen Ministerium des Innern dafür eingetreten ist, daß, falls eine Landesstelle für Textilwirtschaft in Sachsen errichtet werden soll, diese nach Dresden verlegt werde. Wenn auch, so führte die Dresdner Handelskammer aus, an anderen Plätzen Sachsens die Textilindustrie eine bedeutendere Rolle spiele als in Dresden, könne dies für den Sitz der Landesstelle bei den ihr obliegenden Aufgaben nicht ausschlaggebend sein, um so mehr komme aber im vorliegenden Falle Dresden als Sitz der Regierungsbehörden und wegen seiner besonders günstigen Lage innerhalb Sachsens in Frage.

✡ **Spitzen aus Flachsgarn.** Nach dem „Nieuwe Gentsche Courant" soll es einem Baumwollfabrikanten in Gent nach langen Versuchen gelungen sein, Flachs ebenso fein wie Baumwolle zu spinnen, ohne daß große Veränderungen an den Spinnmaschinen notwendig sind. Mit diesen feinen Flachsfäden sollen Spitzen gewebt werden können, die von baumwollenen Spitzen nicht zu unterscheiden seien.

✡ **Vermehrte Erzeugung von Spapelfaser** steht in Aussicht. Der „Konfektionär" berichtet: Vor längerer Zeit bereits hatten wir gemeldet, daß in Löwenberg (Schlesien), die Errichtung einer Fabrik zur Erzeugung der Stapelfaser geplant ist. Wie wir jetzt erfahren, will die Glanzfäden-A.-G. in Berlin-Petersdorf am Riesengebirge obige Stapelfaserfabrik errichten. Bis zu 800 Arbeiter sollen beschäftigt werden. Die Löwenberger Stadtverordnetenversammlung erklärt sich mit der Hergabe eines Grundstücks dafür einverstanden.

Um ausprobieren zu lassen, wie weit sich die Stapelfaser zur Verspinnung auf den 3-Zyl.-Maschinen der Baumwollindustrie eignet, hat die Kriegsrohstoffabteilung die Spinnerei und Buntweberei Pfersee A.-G. in Augsburg mit Versuchsarbeiten beauftragt. Neben der Spinnerei und Buntweberei Pfersee sollen auch noch eine rheinische und eine sächsische Spinnerei zu diesen Versuchszwecken herangezogen werden. In der Verarbeitung der Stapelfaser sind inzwischen, namentlich durch Imprägnierung der Gewebe, recht gute Fortschritte erzielt worden.

Es muß natürlich noch weit mehr geschehen als das, was hier gemeldet wird.

✡ **Die stilliegenden Baumwollwebereien** verlangen einheitliche Entschädigung in der Textilindustrie. Der geschäftsführende Ausschuß des Verbandes der stilliegenden Baumwollwebereien Deutschlands hat in seiner kürzlich in Leipzig abgehaltenen Sitzung folgende Beschlüsse gefaßt: Der an den Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts in der Entschädigungsfrage eingereichten Eingabe, wonach die gesamte Textilindustrie in allen ihren Zweigen zu einer einzigen Entschädigungsgemeinschaft vereinigt, und alle Betriebe, die nicht zur Weiterarbeit bestimmt sind, als entschädigungsberechtigt

anerkannt werden sollen, wird einmütig zugestimmt. In einer Eingabe an das Reichsamt des Innern soll wiederholt ersucht werden, andere Grundsätze für die Betriebsmittelenteignung herbeizuführen. Weiter dürfen die Bestimmungen für die Uebergangswirtschaft nicht auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 4. August 1914 getroffen werden. Vor allen Entschließungen müssen auch Vertreter der stilliegenden Betriebe, ihrer Zahl und Bedeutung entsprechend, zugezogen werden. Maßnahmen müssen getroffen werden, damit durch schleunige Zuweisung von Betriebsstoffen und eine im Verhältnis zu den Höchstleistungsbetrieben stärkere Zuweisung von Rohstoffen, sowie durch vorzugsweise erfolgende Abgabe der im Besitz der Heeresverwaltung und Kriegsgesellschaft befindlichen Roh- und Betriebsstoffe für die stilliegenden Betriebe einigermaßen ein Ausgleich für die durch die zwangsläufige Bewirtschaftung erlittenen Schäden herbeigeführt wird.

✡ **Zur Lage der deutschen Papiergarn- und Gewebeindustrie** schreibt man der „Köln. Volksztg.": Im verflossenen Halbjahr ist in der Verwendung des Papiergarns eine weitere starke Zunahme zu verzeichnen. Welchen Umfang die Papiergarnindustrie erlangt hat, erhellt am besten daraus, daß gegenwärtig etwa 40 Millionen Kilogramm Papiergarn in Deutschland im Jahre erzeugt werden. Wenn auch der Verkehr in den Spinnereien im Laufe des Frühjahrs und teilweise auch noch während des Sommers zu wünschen übrig ließ, so hat sich inzwischen doch eine wesentliche Besserung in der Beschäftigung eingestellt. Für Heereszwecke haben die Aufträge bereits etwas größeren Umfang angenommen und stehen auch noch namhafte Zuwendungen in Aussicht. Für den bürgerlichen Bedarf ist die Nachfrage nach allen Garnnummern seit der Herabsetzung der Freigabegebühren erheblich stärker geworden. Wenn sich zurzeit der Widerstand gegen die Papiergarnerzeugnisse beim Publikum stark bemerkbar machte, so lag dies daran, daß man den Kreis der Verwendungsmöglichkeit für Papiergarnstoff zu weit gezogen und damit übertriebene Hoffnungen erweckt hatte. Infolge des ständig verbesserten Herstellungsverfahrens ist die Lage heute so, daß Papiergarn mit gutem Erfolge, abgesehen für Leibwäsche und bessere Oberstoffe, zu allen anderen Erzeugnissen verarbeitet werden kann. Arbeiterkleidung, Tisch- und Bettwäsche, Gardinen, Segeltuche, Ledersatz und viele andere Artikel können in guter Beschaffenheit jetzt hergestellt werden. Bei sachgemäßer Behandlung werden die Käufer mit diesen Papiergarnerzeugnissen auch befriedigende Erfolge erzielen. Bei der gegenwärtigen Warenknappheit wird übrigens das Publikum gezwungen, sich mit den Papiergeweben um so eher abzufinden, als in der Ausrüstung und Haltbarkeit dieser Gewebe große Fortschritte zu verzeichnen sind. Eine ganze Reihe von Papiergarnstoffen werden jetzt auch mit Wolle, Kunstwolle, Kunstbaumwolle usw. in Verbindung gebracht, wodurch die Bekleidungsindustrie einen wesentlichen Zuwachs an Stoffen erfahren hat. Es ist auch nicht anzunehmen, daß alle diese Artikel sofort nach Friedensschluß wieder verschwinden werden. Der Bedarf wird auch später noch eine Weile unverändert bestehen bleiben, manche Erzeugnisse werden sich möglicherweise dauernd einbürgern. Die Beschäftigung in den Webereien hat sich in letzter Zeit wesentlich gehoben, die Aufträge in Papiergeweben für den Heeresbedarf sowie auch für den Privatbedarf sind umfangreicher geworden, ebenso hat sich der Verkehr in den Hilfsindustrien wie Papierschneidereien und Ausrüstungsanstalten, die sich mit der Veredlung der Papiergewebe befassen, gehoben. Auch die Verwendung des Papiernähgarns bricht sich bei dem Mangel an baumwollenem und leinenem Nähgarn immer mehr Bahn. Die Präparierung, Zwirnerei usw. hat inzwischen solche Fortschritte gemacht, daß die Haltbarkeit und Festigkeit derart ist, daß sie zur Herstellung von gröberen Bekleidungsstücken und Säcken sich gut eignet. Die Heeresverwaltung hat daher auch in Papiernähgarnen schon größere Aufträge erteilt. In ganz feinen Nummern können diese Nähgarne noch nicht hergestellt werden.

✡ **Von einer amerikanischen Baumwollmißernte** wird berichtet. Infolge anhaltender Trockenheit hat sich der Stand der Baumwolle in den Vereinigten Staaten in Monatsfrist außerordentlich verschlechtert, was zu einer erheblichen Preissteigerung am Newyorker Baumwollmarkt führte. Nach dem jetzt bekannt gewordenen Monatsbericht des Ackerbaubureaus über Baumwolle betrug der Durchschnittsstand Ende August 55,9 Proz. gegen 73,6 Proz. Ende Juli und 67,8 Proz. Ende August des Vorjahres. Der Ernteertrag wird auf nur 11 137 000 Ballen geschätzt gegen 13 619 000 Ballen im Vormonat und 12 499 000 Ballen zu gleicher Zeit des Vorjahres. Der Rückgang des Durchschnittsstandes ist noch niemals so groß gewesen als in diesem Monat und unterscheidet sogar noch die niedrigsten privaten Schätzungen der letzten Zeit.

Kriegsgewinne der Textilaktiengesellschaften.

✡ **Jutespinnerei und Weberei Hamburg-Harburg.** Nach dem Geschäftsbericht für das am 30. Juni beendete Geschäftsjahr 1917/18 erzielte die Gesellschaft, die sich im abgelaufenen Jahr ausschließlich mit der Herstellung von Textilit und reinen Papiererzeugnissen befaßte, einschließlich 280 025 Mk. (i. V. 279 931 Mk.) Vortrag und nach Zuweisung von 160 000 Mk. (140 000 Mk.) zum Erneuerungsbestand und von 12 000 Mk. (3000 Mk.) zur Talonsteuerrücklage einen Reingewinn von 608 077 Mk. (526 446 Mk.). Die Dividende, die im Vorjahr von 6 auf 8 Proz. gestiegen war, wird weiter auf **10 Proz.** erhöht und erfordert 300 000 Mk. (240 000 Mk.). Ferner werden 24 545 Mk. (6421 Mk.) als Gewinnanteil des Aufsichtsrats verwandt und 283 532 Mk. (280 025 Mk.) vorgetragen. Das Gerichtsverfahren über das von der Gesellschaft erworbene Textilit-Patent ist dem Bericht zufolge inzwischen zugunsten der Gesellschaft entschieden worden.

Baumwollspinnerei und Weberei Lampertsmühle bei Kaiserslautern. Die Gesellschaft, die im Vorjahre mit 28 844 Mark Betriebsverlust abschloß, erzielte in dem am 30. Juni beendeten Geschäftsjahr nach 261 711 Mk. (i. V. 11 684) Abschreibungen einschließlich 89 502 Mk. Vortrag einen Reingewinn von 218 554 Mk., wovon 30 000 Mk. für Kriegssteuer zurückgestellt, 5 Proz. Dividende verteilt und 108 554 Mark vorgetragen werden sollen.

Plauener Spitzenfabrik A.-G. Laut Bericht des Vorstandes konnte trotz der Schwierigkeit bei der Beschaffung von Rohstoffen der Umsatz weiter bedeutend gehoben werden. An den letzten Kriegsanleihen beteiligte sich das Unternehmen mit 170 000 Mk., so daß vom Effektenkonto 200 000 Mk. Kriegsanleihe ausgewiesen werden. Wenn in den letzten Jahren die Jahresabschlüsse ein wenig günstiges Bild zeigten, so lag das an der allgemeinen schwierigen Lage der vogtländischen Spitzenindustrie. Das Unternehmen hat zwar im Laufe des Krieges die Erzeugung neuer Waren aufgenommen, glaubt aber doch, sich gegen Rückschläge, die bei einer ausgesprochenen Modeindustrie unausbleiblich sind, mehr schützen zu müssen und hat daher vom Liquidator für feindliche Unternehmungen einen Teil der Aktien der Gardinenfabrik T. J. Birkin in Oelsnitz erworben. Die Firma T. J. Birkin gehört zu den angesehensten Gardinenfabriken in Deutschland; sie brachte ihren Aktionären vor dem Kriege lange Jahre 17½ v. H. Dividende. Im Zusammenhang hiermit ist beabsichtigt, das Aktienkapital auf 1¾ Millonen Mark zu erhöhen. Der Res.-Gewinn beträgt mit Vortrag 1916/17 248 008 Mark. Hiervon gehen ab die Abschreibungen von zusammen 89 577 Mk. Der Vorstand schlägt im Einverständnis mit dem Aufsichtsrate vor, die verbleibenden 158 431 Mk. wie folgt zu verteilen: 5 v. H. gesetzliche Rücklage, 20 000 Mk. Zuweisung zum Rücklagengrundstock, 10 000 Mk. für Wohlfahrtszwecke, 8 v. H. Dividende gleich 88 000 Mk., ferner 15 301 Mk. vertragsmäßigen Anteil an Aufsichtsrat und Vorstand. Der Rest von 17 207 Mk. soll auf neue Rechnung vorgetragen werden. In das neue Geschäftsjahr tritt das Unternehmen mit einem guten Bestand an Aufträgen, für die auch die nötigen Rohstoffe vorhanden sind.

Zur Lebensmittelversorgung.

Es muß umgekehrt werden!

Oberbürgermeister Adenauer in Köln a. Rh. verurteilte in einer Stadtverordnetensitzung das jetzige Lebensmittelbeschaffungssystem, das den Nichtselbstversorger mit Notwendigkeit zur eigenmächtigen Selbsthilfe, zur Hamsterfahrt und zum Schleichhandel führt, mit erfreulichem Freimut und rücksichtsloser Offenheit. Das System, meinte der Herr, muß unbedingt zum Untergang führen, es untergräbt das Rechtsgefühl in der bedenklichsten Weise, es powert die städtische Bevölkerung in unerträglicher Weise aus, es trägt eine gefährliche Erbitterung und Empörung in die Bevölkerung, es hat in seinem Gefolge eine unendliche Verschwendung von Zeit, Arbeit und Material. Die Sache ist so weit gediehen, daß mit Recht gesagt werden kann: es muß umgekehrt werden und kann so nicht weitergehen. Adenauer weist auch die Wege, die nach seiner Meinung aus der Zwickmühle herausführen können: Es läßt sich Abhilfe schaffen, der blühende Schleichhandel beweist, daß genügend Nahrungsmittel im Lande vorhanden sind, um der Not zu steuern. (Wir haben das schon oft behauptet. D. R.) Man hat das Gefühl, als ob unsere ganze Versorgungswirtschaft in einen Zustand der Erstarrung geraten sei; auf dem Papier ist alles wohlgeordnet, aber leider nur auf dem Papier. — Adenauer befürwortet den in der Stadtverordnetenversammlung erörterten Vorschlag, sozial geschulte Vertreter der städtischen Bevölkerung in die entscheidenden Stellen auch der Kreisinstanzen zu berufen. Es wird dadurch in die Bureaukratie ein frisches Leben hineingetragen. Dadurch würde das Vertrauen der städtischen Bevölkerung in die Regierungsmaßnahmen außerordentlich gestärkt werden. Die Ueberzeugung, daß alles geschehen sei, was geschehen konnte, ist jetzt nicht vorhanden. Auch auf dem Lande muß anders als bisher verfahren werden, auch dort müssen die schlummernden Kräfte geweckt werden. Eine der wichtigsten Aufgaben der Kommission ist die, die Landbevölkerung wirksam aufzuklären. In der ganzen Bevölkerung muß der richtige Geist vorhanden sein, und daran fehlt es im fünften Kriegsjahr leider viel mehr als im ersten Jahr. — Davon ist weder die städtische noch die Landbevölkerung auszunehmen, aber auch nicht die Regierung, die eine große Schuld daran trägt, daß dieser Geist in der Bevölkerung nicht so erweckt worden ist, wie er hätte erweckt werden müssen. —

Hoffentlich wirken Adenauers Gedanken wie erfrischendes Gewitter.

Zur Erwerbslosenfürsorge.

✡ Für die Textilarbeiterschaft in Gera war eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung beantragt worden. Darauf ging vom Ministerium folgendes Schreiben ein:

Fürstliches Ministerium, Abteilung für das Innere.

Nr. 14 427 11.

Gera, den 18. September 1918.

Auf das Gesuch vom 27. Juli haben wir angeordnet, daß vom 1. Oktober d. J. ab bei der Berechnung der Arbeitslosenunterstützung für teilweise Erwerbslose der durchschnittliche Arbeitsverdienst der letzten vier Wochen anstatt mit 75 Proz. wie bisher, nur mit 50 Proz. in Anrechnung gelangt. Das gleiche soll für die von den Erwerbslosen bezogenen Alters-, Invaliden-, Kranken- und Militärrenten gelten. Einkünfte aus Kapitalvermögen und Grundbesitz sind dagegen voll einzustellen.

Dagegen kann dem Antrag auf Erhöhung der Höchstunterstützungssätze in dieser Form nicht stattgegeben werden; mit Rücksicht darauf aber, daß Höchstunterstützungssätze nur in einzelnen Gemeinden bestehen und auch da nur äußerst selten praktisch werden, haben wir denjenigen Gemeinden, in denen solche Sätze bestehen, anheimgegeben, die Höchstunterstützungssätze nicht mehr in Anwendung zu bringen.

J. V.: Dr. Hauschild.

An den Deutschen Textilarbeiterverband, Filiale Gera, hier, Enzianstr. 11.

Der Unterstützungssatz für das Ehepaar ohne Kinder ist in der Stadt Gera pro Woche auf 22 Mk. bemessen. Wir hatten beantragt, die Unterstützungssätze zu erhöhen; aus obiger Antwort ist ersichtlich, daß nur für die teilweise Beschäftigten insofern eine Besserung zugestanden ist, daß künftig Arbeitslohn und Renten mit nur 50 Proz. in Anrechnung kommen dürfen und daß eine Höchstunterstützungssumme für die Familie nicht festgelegt werden soll.

Hat also das Ehepaar (ohne Kinder) wöchentlich zusammen 33 Mk. an Lohn erzielt, so bekommt es keinerlei Zuschuß aus der Textilarbeiterfürsorge. Angenommen, Frau und Mann erzielen zusammen in der Woche 26 Mk. an Lohn, so wird die Hälfte (13 Mk.) angerechnet. Bleiben 13, und die Differenz bis 22 Mk. = 9 Mk. wird als Zuschuß aus der Textilarbeiterfürsorge zugezahlt, so daß das gesamte Einkommen 26 Mk. Lohn und 9 Mk. Zuschuß = 35 Mk. betragen würde. Wir wollen die Praxis abwarten!

In Ronneburg wurden die Unterstützungssätze in der Textilarbeiterfürsorge erhöht pro Woche: für einen Mann 12,50 Mark, für eine Frau 10 Mk., für ein Ehepaar ohne Kinder 20 Mk., für Jugendliche unter 16 Jahren 5 Mk., für das erste und zweite Kind je 4 Mk., für das dritte und weitere Kind je 2 Mk.

Soziale Rundschau.

Deutscher Jugendfürsorgetag.

Ein solcher fand am Freitag, den 20., und am Sonnabend, den 21. September, in Berlin statt. Es waren auf ihm vertreten Behörden des Reiches, der Bundesstaaten und vieler Städte sowie eine große Zahl von Vereinigungen für Jugendfürsorge usw. Gegenstand der Verhandlungen war **„Jugendämter als Träger der öffentlichen Jugendfürsorge im Reich"**. Vorträge wurden gehalten von Prof. Dr. Klumker-Frankfurt a. M. über „Die Notwendigkeit des Ausbaues der öffentlichen Jugendfürsorge im Reich", von Dr. Blum-Straßburg über „Ein Reichsgesetz über Jugendämter", von Bürgermeister von Holländer-Mannheim über „Wie schaffen wir leistungsfähige Jugendämter in Stadt und Land?", von Lizentiat Siegmund Schultze über „Wie kann die freie Liebestätigkeit zu einem vollen Erfolg der Jugendämter beitragen?"

Die Tagung endete mit einstimmiger Annahme dieser Entschließung:

„Der Deutsche Jugendfürsorgetag hält Jugendämter in Stadt und Land als Träger der öffentlichen Jugendfürsorge für unerläßlich. Die verwaltungsmäßige Organisation sei unter Ermöglichung weitgehender Mitarbeit der Körperschaften freier Liebestätigkeit einheitlich durchzuführen. Vorzusehen sei Uebertragung der Berufsvormundschaft an die Jugendämter und Uebernahme der Kosten für hilfsbedürftige Kinder auf größere Gemeindeverbände. Der Vorstand des Deutschen Jugendfürsorgetages soll bei Reichsbehörden und Reichstag dahin wirken, daß baldigst Jugendämter in Stadt und Land den Bundesstaaten durch Reichsgesetz zur Pflicht gemacht werden." —

Bemerkt sei noch, daß für die Jugendämter u. a. auch die Mitarbeit der Gewerkschaften und Angestelltenverbände gewünscht wurde.

Die Frauenarbeit in England seit dem Kriege.

Nach einer Mitteilung der „Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung" hat die Gesamtzahl der erwerbstätigen Frauen in England seit Ausbruch des Krieges eine starke Vermehrung erfahren. Im Zeitraum vom Juli 1914 bis April 1917 hat **eine Zunahme um rund 1 240 000 oder um volle 36 Prozent** stattgefunden.

Erstaunlich ist besonders die Zunahme der weiblichen Arbeitskräfte auf Gebieten, die bisher ausschließlich dem Manne vorbehalten waren. So stieg die Zahl der Arbeiterinnen der Metall- und Maschinenindustrie im angegebenen Zeitraum von rund 170 000 auf 478 000. In nur 4 Proz. aller der Erhebung des Arbeitsministeriums unterstellten Betriebe ergab sich eine Verminderung der weiblichen Arbeitskräfte gegenüber Juli 1914. In der chemischen Industrie ist die Zahl der Arbeiterinnen von 40 000 auf 91 000 gestiegen. Dagegen zeigt sich ein starker Rückgang der weiblichen Arbeitskräfte im Bekleidungsgewerbe (um 37 000) und in der Papierindustrie (um 7000). Der Grund dürfte hauptsächlich in den verhältnismäßig niedrigen Löhnen dieser Berufe liegen; die Arbeiterinnen traten massenhaft zu der besser zahlenden Munitions- und Kriegsindustrie über.

Briefkasten.

Fritsch. Bei uns heißt es so wie angegeben, und so ist es richtig. Unter 36—169 ist verzeichnet: Lohn- und Arbeitszeitregelung für die Textilarbeiterschaft im Kreise Reichenbach i. Schl. Zur. Auch das ist richtig. Deine Registratur muß verhext sein. Besten Gruß!

Verbandsanzeigen.

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Sonntag, den 6. Oktober, ist der

40. Wochenbeitrag fällig.

Ortsverwaltungen.

Dresden u. Umg. Im Oktober findet die fällige Buchkontrolle statt. Wir ersuchen die Mitglieder sämtlicher Ortsgruppen, ihre Bücher in Ordnung zu bringen und zum Abholen bereit zu halten. Diejenigen Mitglieder, die die Zeitung durch die Post erhalten, müssen ebenfalls ihre Beiträge bezahlen und dann das Buch zur Kontrolle der Geschäftsstelle übermitteln.

Die Ortsverwaltung.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.

Augsburg. Genoveva Beinder, Weberin, 37 J. †

Berlin. Eduard Biedermann, Spleißer, 47. J., Herzlähmung.

Greiz u. Umg. Richard Dinter, Weber, Reudnitz, 52 J., Lungenleiden.

Hamburg. Richard Schwarze, Arbeiter, 39 J., Darmverschlingung.

Landeshut. Gustav Kluge, Weber, 57 J., Herzschlag.

Neumünster i. Holst. Sara Böhmker, Spulerin, 65 J., Gehirnschlag.

Plauen i. V. Theresia Wrba, Zwirnerin, 19 J., Lungenentzündung. — Karl Thomas, Sticker, 52 J.

Zwötzen. Karl Kramer, Handarbeiter, 67 J., Magenbluten.

Im Felde gefallene oder infolge des Krieges gestorbene Mitglieder.

Reichenau. Oskar Hermann, Arbeiter, 32 J.

Werdau. Engelbert Vogel, Fabrikarbeiter, 39 J.

Ehre ihrem Andenken!

Redaktionsschluß für die nächste Nummer Sonnabend, den 5. Oktober.

Verlag: Karl Hübsch. — Verantwortlich für die mit ✡ versehenen Artikel Hermann Krätzig, für alles andere Paul Wagener. — Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Sämtlich in Berlin.

Gelesene Exemplare dieses Blattes gibt man an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter.